

Guatemala, Ende August 2024

### **Notizen einer Maya-Journalistin, die das Recht auf freie Meinungsäußerung verteidigt (2)**

Die indigenen Völker der Welt sind die Protagonisten in den verschiedenen Medien, wenn sie am 9. August den Internationalen Tag der indigenen Völker begehen. In Guatemala begingen die indigenen Völker den Tag mit verschiedenen Aktivitäten und traten auch öffentlich in Erscheinung, um in Kommuniqués eine transparente Wahl der Gerichte zu fordern. Die indigenen Autoritäten verlangen, dass auf den Kandidatenlisten, die dem Kongress für die Neubesetzung der Richterämter vorgelegt werden, keine Jurist:innen erscheinen, die in Verbindung mit dem Pakt der Korrupten stehen. So kandidiert beispielsweise Staatsanwalt Rafael Curruchiche von der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI), für das Richter-Amt am Obersten Gericht (CSJ), obwohl er beschuldigt wird, dem Pakt der Korrupten zu dienen, die Demokratie zu untergraben und die Justizakteure zu kriminalisieren.

Der Oberste Gerichtshof und das Berufungsgericht müssen ihre Richter:innen bis zum 12. Oktober erneuern. Nach einem langen Verfahren zur Wahl der Nominierungs-Kommissionen, das absichtlich verzögert worden war, nahmen die Kommissionen nun endlich die Dossiers entgegen und einigten sich – nach einem mehr als zweiwöchigen Hin und Her – nun endlich auch auf die Universität Rafael Landívar als Ort, an dem die Kandidat:innen empfangen werden.

Nach Einschätzung der «Alianza para las reformas», welche die Sitzungen der Kommissionen beobachtete, bleibt nun nur noch sehr wenig Zeit für die nächsten Schritte: sobald die offizielle Liste der Kandidat:innen vorliegt - was in der ersten Septemberwoche der Fall sein soll – können Bürgerinnen und Bürger

Beschwerden einreichen gegen Kandidat:innen, die ihn ihren Augen die Anforderungen für das Richteramt nicht erfüllen. Dafür müssen Dokumente wie Gerichtsurteile eingereicht werden; allerdings gibt es verschiedene Korruptionsfälle, die von der FECI unter Juan Francisco Sandoval vorangetrieben wurden, in denen es aber noch nicht zu einem Urteil gekommen ist.

Der Auswahlprozess ist zudem von verschiedenen Interessenskonflikten geprägt: Mitglieder der Nominierungs-Kommission, die gleichzeitig als Richter kandidieren, unter den Kandidat:innen sind Staatsanwälte des MP, die Menschenrechtsverteidiger kriminalisiert und verfolgt haben, Richter, die willkürliche Urteile gefällt haben oder andere Richter – wie Miguel Angel Gálvez – ins Exil getrieben haben. Mindestens 11 der Kandidat:innen stehen auf einer Sanktionsliste der EU. Der Hauptgrund, weshalb sie gewählt werden wollen, ist Immunität zu genießen, wenn Consuelo Porras einmal nicht mehr an der Spitze der Generalstaatsanwaltschaft steht und so jeglicher Strafverfolgung wegen Korruption entgehen zu können.

Während das Wahlverfahren für die Neubesetzung der Richterstellen läuft, setzt Generalstaatsanwältin Consuelo Porras – ganz im Dienste des Pakts der Korrupten – mit Hilfe der Justiz die politische Verfolgung von Bernardo Arévalo und der Regierungspartei fort.

In diesem Monat wurde Ligia Hernández, Leiterin des «Instituto de la víctima», Beamtin der Regierung Arévalo und Mitgründerin der Regierungspartei Movimiento Semilla, verhaftet. Rafael Curruchiche beschuldigt sie im Fall Semilla der nicht registrierten Wahlfinanzierung für die Wahlen 2023.

Nicht nur Beamte und Beamtinnen sind betroffen von dem Justizsystem, das schon lange

seine Unabhängigkeit verloren hat: Rigoberto Juárez, indigene Autorität, und Ermitaño López, Verteidiger des Territoriums aus dem Norden Huehuetenangos, wurden 2015 von drei Wasserkraftunternehmen angeklagt. 2016 wurden sie freigesprochen. Jetzt im August – 8 Jahre später – wurden die Anschuldigungen gegen sie wieder aufgenommen.

Auch der Journalist Ruben Zamora stand vergangenen Monat im Fokus der Gerichte wie auch der Vereinten Nationen. Am 26.8. entschied ein Gericht, dass seine Haft im Fall von mutmasslicher Geldwäsche unnötig ist und durch Hausarrest ersetzt werden kann. Trotzdem bleibt er im Gefängnis, weil die Staatsanwaltschaft ein weiteres Verfahren gegen ihn eröffnet hat. Verschiedene UN-Sonderberichtsersteller:innen forderten die guatemaltekischen Behörden auf, dringend auf die Beschwerden über die unmenschlichen Haftbedingungen Zamoras zu reagieren.

Die Staatsanwaltschaft scheint gepanzert und geschützt zu sein; der Oberste Gerichtshof hat den Antrag von Präsident Arévalo auf ein Amtsenthebungsverfahren gegen Porras wegen Pflichtverletzung abgewiesen.

Der Monat August war ein Kräftemessen zwischen der Regierung und der Staatsanwaltschaft, aber auch zwischen dem Kongress und dem Verfassungsgericht. Der Kongress billigte eine Haushaltserhöhung für die Regierung Arévalo für die Bereiche Straßeninfrastruktur, Gesundheit und Abwasserentsorgung. Doch die Abgeordneten der Opposition reichten eine Beschwerde ein, die das Verfassungsgericht mit einer einstweiligen Verfügung guthies, woraufhin der Kongress erneut tagte und eine Haushaltserhöhung von 14,151 Millionen Quetzales bewilligte – worauf mit dem Pakt der Korrupten verbundene Abgeordnete erneut Beschwerde einreichten...

Diese institutionellen und juristischen Verstrickungen zu rekapitulieren und zu beschreiben, ermüdet mich. Und das ist genau, was die politische und wirtschaftliche Machtelite bezweckt: die Regierung zu zermürben, die es aus Sicht vieler bisher nicht geschafft hat, tatsächlich zu regieren. Viele sind überzeugt, dass sie eher Präsident Arévalo aus dem Amt schaffen, als dass Porras die Staatsanwaltschaft verlassen muss.

Während dies alles zwischen Gesetzen, Anzügen und Krawatten stattfindet, lebt die Bevölkerung weiterhin unter einem anderen Angriff: der Angst vor Unsicherheit, die nicht erst seit dieser Regierung besteht, zwischen Bombenalarmen im nationalen Krankenhaus und dem Nationalpalast, Schießereien in angesehenen Restaurants... die sozialen Netzwerke sind voll von Beschwerden an die Regierung, die nichts getan hat, um die Gewalt zu stoppen.

Und es ist nicht nur die Gewalt des organisierten Verbrechens; weiter gehen auch die Androhungen von Vertreibungen gegen indigene Gemeinschaften und die Kriminalisierung von Menschen, die ihr Land verteidigen. Im Departement Santa Rosa wurden 9 Personen verhaftet, weil sie ihre Landrechte verteidigten.

Auch in den Ch'orti'-Gemeinden im Osten des Landes gibt es Landkonflikte. Die Ch'orti'-Bevölkerung prangerte an ihrer Versammlung anlässlich des Internationalen Tages der Indigenen an, dass im Rahmen des sogenannten Plan Trifinio (zwischen den Regierungen von Guatemala, El Salvador und Honduras) Projekte ohne vorherige Konsultation gemäss ILO-Vereinbarung-169 vorangetrieben werden, was zur Spaltung der Dorfgemeinschaften führt. Die Ch'orti's bekräftigten an der Versammlung ebenfalls ihren Einsatz für den Schutz der Berge, der Wälder und des Wassers.

Zum Ende des Monats lancierte die Regierung den nationalen Dialog zur Annahme eines Wassergesetzes. Mit dem Dialog sollen verschiedene Sektoren, Gemeinden, indigene Autoritäten, Geschäftsleute, soziale Organisationen und Politiker an einen Tisch gebracht werden. Das Thema ist heikel; schon frühere Regierungen haben Initiativen für die Regulierung der Wasserthematik vorgelegt, die jeweils im Kongress gescheitert sind. So wird der neue Vorschlag wohl zu einem weiteren Kräfte messen zwischen den verschiedenen Institutionen des Staates.

Der Kampf für die Demokratie in Guatemala endete nicht mit den Tagen auf der Straße; er geht weiter angesichts der Drohungen der Justiz, die im Dienste des Paktes der Korrupten und der Straflosigkeit steht.

Der Kampf für die Demokratie wird weiterhin ein Thema sein, auch aus dem Exil. Jordan Rodas, ehemaliger Ombudsmann für Menschenrechte, auch er mit unhaltbaren Anzeigen kriminalisiert, sagte kürzlich in einem Vortrag: *„Die Demokratie muss neu gedacht werden, die Gesellschaften verändern sich, die Rechte der Menschen und die Vielfalt müssen respektiert werden; die Migranten müssen respektiert werden. Wir müssen das Schweigen angesichts der Gewalt brechen, die Bürgerbeteiligung fördern, den Kampf gegen Desinformation aufnehmen, die unabhängige Presse respektieren, ohne die es keine Demokratie gibt. Die Korruption darf kein Hindernis sein für die Umsetzung der Menschenrechte, die Demokratie darf ihre Essenz von Teilhabe und Gerechtigkeit nicht verlieren.*

Norma Sancir

*Maya Kaqchikel, Journalistin und Verfechterin des Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Rechte der indigenen Völker*